

Peru: Tausende gehen nach dem Sturz einer weiteren Regierung in Peru auf die Straße

von Jorge Escalante, 19. Oktober 2025

Der Sturz von Dina Boluarte als peruanische Präsidentin wurde vom Fujimorismus und seinen reaktionären Verbündeten im Parlament vorangetrieben. Der Kongress beschloss, die Präsidentin wenige Monate vor den für den 12. April 2026 angesetzten Präsidentschaftswahlen ihres Amtes zu entheben. Der umstrittene Präsident des Kongresses, José Jerí, übernahm die Präsidentschaft.

Das erste Ziel dieses Manövers bestand darin, dass diese Sektoren sich aus der großen Krise, die durch ihre eigene ultra-konservative Koalition ausgelöst worden war, heraushielten und Boluarte die ganze Schuld zuschoben. Das zweite Ziel bestand darin, den von jungen Menschen initiierten Mobilisierungsprozess sowie die Streiks im Transportwesen angesichts der enormen Unzufriedenheit einer unter Unsicherheit leidenden Bevölkerung (5.000 Menschen wurden bereits von Auftragsmördern ermordet) zu entschärfen.

Aber die reaktionäre Koalition, die Boluarte an die Macht gebracht und dann gestürzt hatte, schaffte es nicht, den Prozess zu stoppen.

Der Aufruf zu einem nationalen Kampftag am 15. Oktober gewann an Stärke. Die Übergangsregierung von José Jerí Oré versuchte es mit einer alten Formel der Entspannung, indem sie zum Dialog aufrief, immer mit dem Ziel, die soziale Mobilisierung zu entschärfen, die sich bereits als eine der größten seit den Tagen des Dezembers 2022 abzeichnete.

Jerís Plan war es, in Abstimmung mit dem Bürgermeister von Patate einen Dialogtag für den 14. Oktober vorzuschlagen. Dieser Bürgermeister beschloss, die Fahnen des Widerstandes zu senken, Jerí zu vertrauen und nicht am Aktionstag am 15. teilzunehmen, sehr zur Enttäuschung der Tausenden von Demonstranten, die mehr als tausend Kilometer marschiert waren. Gleichzeitig organisierte der neue Präsident eine Reihe von Treffen mit Gouverneuren, Bürgermeistern, Universitätsrektoren und Künstlern sowie einer Gruppe, die behauptete, die Föderation der Studenten Perus (FEP) zu vertreten. Alles war darauf ausgerichtet, das Bild eines staatsmännischen Zuhörers zu vermitteln. In Wirklichkeit handelte es sich jedoch um eine Operation zur politischen Druckverminderung, bei der kleine Ventile geöffnet wurden, damit der soziale Dampf nicht den Kessel zum Explodieren brachte.

Während José Jerí von Dialog sprach, ernannte er ein noch reaktionäreres

Kabinett mit einer Vergangenheit als Putschisten. Er setzte Ernesto Álvarez Miranda, einen Ultra-Konservativen, der Richter am Verfassungsgericht und Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der USMP war, an die Spitze des Ministerrats. Jerí machte deutlich, dass dies eine Regierung sein würde, deren Staatspolitik auf Repression ausgerichtet war. Er hatte die mobilisierten Jugendlichen bereits in seinen sozialen Medien als „eine Bande, die die Demokratie stürmen will“ und „Erben der MRTA“ bezeichnet. Dies war keine rhetorische Exzentrik, sondern vielmehr eine ideologische Vorbereitung auf die Repression: die Kriminalisierung von Protesten, um den Einsatz von Gewalt zu rechtfertigen.

Die Ereignisse vom 15. Oktober

Die Mobilisierung, die ursprünglich von Jugendgruppen der Generation Z vorangetrieben wurde, entwickelte sich zu einer nationalen Bewegung, an der sich ältere Schüler:innen, Lehrer:innen Künstler:innen, Streamer:innen, Gewerkschaften und Basisgemeinden sowie Organisationen der peruanischen Linken beteiligten. Die Hauptforderungen der Demonstrant:innen richteten sich gegen Jerí selbst und den Kongress. Sie forderten den Rücktritt des neuen Präsidenten, der Teil der putschistischen Mafia im Parlament ist und dem versuchte Vergewaltigung vorgeworfen wird. Viele forderten die Auflösung des derzeitigen Kongresses.

In allen 24 Verwaltungsregionen fanden Proteste statt. In Arequipa fielen die Demonstrationen mit dem Besuch des spanischen Königs beim Internationalen Kongress der spanischen Sprache zusammen, was zu einer symbolträchtigen Szene führte: Junge Menschen konfrontierten sowohl das Putschregime als auch die alte Kolonialordnung. In Lima endete der Tag mit Dutzenden Verletzten und dem Blut des 32-jährigen Rappers Eduardo Ruiz Sáenz („Trvko“). Ruiz wurde auf der Plaza Francia erschossen, weit entfernt vom Epizentrum der Ereignisse des Tages. Eduardos Ermordung schürte die Wut der Bevölkerung weiter. Zusätzlich zum Tod des jungen Mannes gab es einen weiteren Mord und Hunderte von Menschen wurden durch Schrotkugeln verletzt. Die Forderung nach Bestrafung der Mörder ist ein wichtiger Sloganinn.

Zeug:innen gaben an, dass es ein Polizist in Zivil aus der Terna-Gruppe war, der die Schüsse abgegeben hatte. Die Regierung reagierte zynisch: Jerí sprach von „einer kleinen Gruppe von Eindringlingen“ und versuchte, den Toten zu verschleiern und die Tragödie als Lärm abzutun. Das Blut von Eduardo Ruiz war kein „Polizeiexzess“. Es war eine Bestätigung des repressiven Charakters des Putschregimes von Jerí und seinem Kongress.

Wahlen inmitten des Kampfes?

Es ist höchst unwahrscheinlich, dass die Parlamentswahlen 2026 ohne Zwischenfälle stattfinden werden. Etwas, das Arbeiter:innen, Student:innen und das peruanische Volk im Allgemeinen so dringend brauchten, wird nun Realität: Es hat sich eine soziale Allianz zwischen Schüler:innen und Student:innen gebildet, die gemeinsam mit Lehrer:innen, Künstlergilden, Nachbarschaftskollektiven und indigenen Bewegungen demonstrieren, um alle Gesetze, die vom mafiösen Kongress verabschiedet wurden, aufzuheben und die Verantwortlichen für die Morde durch die Polizei vor Gericht zu stellen und zu bestrafen. Der 15. Oktober ist also ein historisches Datum, ein Tag, an dem die Jugend, die Arbeiter:innen und die Völker Perus die durch Angst und Zersplitterung auferlegte Passivität durchbrochen haben.

Aber jeder Funke braucht Organisation, um zu einem Feuer zu werden. Der Moment ist sehr heikel und komplex. Wir sind sechs Monate vor den Parlamentswahlen, an denen 43 Parteien teilnehmen werden, von denen 99 % rechts oder Mitte-rechts sind. Die noch an der Macht befindliche Koalition will, dass nur Rechte in die zweite Runde kommen. Auf der linken Seite steht das Bündnis Venceremos, das aus Nuevo Perú por el Buen Vivir und Voces del Pueblo besteht, dem sich Unidad Popular, Tierra Verde und Patria Roja sowie einige Gewerkschaften wie die CUT und soziale Bewegungen angeschlossen haben. Es ist unerlässlich, auch auf diesem Terrain zu kämpfen.

Wenn die Präsentation einer vereinten linken Alternative im Wahlprozess eine Notwendigkeit ist, besteht die schwierigste Aufgabe darin, der Jugend, den Arbeiter:innen und den Volksbewegungen dabei zu helfen, von der Empörung zum Aufbau eines großen, vereinten und demokratischen Raums für die Koordinierung des Kampfes gegen das Regime überzugehen. Ein Raum, der nicht von Bürokratien oder Sektenorganisationen übernommen wird, in dem demokratisch über die zu unternehmenden Schritte, die nächsten Aktionen und einen nationalen Plan für den Kampf um eine neue verfassungsgebende Nationalversammlung diskutiert wird.

Der Artikel erschien in [International Viewpoint](#) auf Englisch. Er wurde von uns maschinell übersetzt und auf grobe Fehler durchgesehen.